



N I E D E R S C H R I F T

Gremium	Sozial-, Jugend- und Sportausschuss
Sitzungsnummer	SJS/010/2022
Datum	Montag, den 05.09.2022
Sitzungsbeginn	18:05 Uhr
Sitzungsende	19:15 Uhr
Sitzungsort	Plenarsaal des Neuen Rathauses (1. OG)

Anwesend:

vom Gremium

Andrea Volk	Ausschussvorsitzende	SPD
Andrea Lich-Brand	Stadtverordnete	SPD
Anne Maria Peter-Lauff	Stadtverordnete	SPD
Dr. Jörg Schneider	Stadtverordneter	CDU
Akop Voskanian	Stadtverordneter	CDU; i.V.f. Stv. Höbel
Petra Strehlau	Stadtverordnete	Bündnis 90/Die Grünen
Dieter Winkelmann	Stadtverordneter	Bündnis 90/Die Grünen
Renate Pfeiffer-Scherf	Stadtverordnete	FW; i.V.f. Stv. Müller
Thomas Schermuly	Stadtverordneter	FDP
Irene Müller-Rein	Stadtverordnete	AfD
Sylvia Kornmann	Fraktionsvorsitzende	DIE LINKE

vom Magistrat

Manfred Wagner	Oberbürgermeister
Norbert Kortlüke	Stadtrat

von der Verwaltung

Tobias Wein	Rechtsamt
Uwe Plaum	Sozialamt

vom Büro der Stadtverordnetenversammlung

Herr Reuschling, als Schriftführer

außerdem waren anwesend

Frau Kasabashi, Ausländerbeirat

Herr Hussain, Ausländerbeirat

Herr Lutfi, Ausländerbeirat

entschuldigt fehlte

Stv. F. Steinraths, CDU-Fraktion

AV V o l k eröffnete die Sitzung, begrüßte die Anwesenden und stellte fest, dass gegen die Form und Frist der Einladung keine Einwendungen erhoben wurden und dass der Ausschuss mit 11 Mitgliedern beschlussfähig ist.

Die Ausschussmitglieder bestätigten einstimmig die nachfolgende

Tagesordnung:

- 1 Mitteilungen, Anfragen, Niederschrift vom 04.07.2022**
- 2 Soziale Preisgestaltung durch ein sozialökologisches
 Tarifmodell bei der enwag
 Vorlage: 0524/22 - I/169**
- 3 Ausländerbehörde
 Verbesserung der Personalsituation
 Vorlage: 0500/22 - I/164**
- 4 Bund-Länder-Programme "Sozialer Zusammenhalt"
 - Sachstandsbericht -**
- 5 Verschiedenes**

Zu 1 Mitteilungen, Anfragen, Niederschrift vom 04.07.2022

Mitteilungen

Freibadsaison

OB W a g n e r berichtete, dass die Freibadsaison mit der Aktion „24 Stunden Schwimmen“ des Wetzlarer Schwimmvereins beendet wurde. In der Zeit bis 2024 werde das Freibad nun neu aufgestellt. Die Besucherzahlen entwickelten sich unterdes weiterhin rückläufig.

Maßnahmen zur Vorbereitung auf einen Gas-/Strom-Notfall

OB W a g n e r informierte über die Planungen der Stadt zur Vorbereitung auf eine eventuelle Gas- oder Strom-Notlage infolge des Ukraine-Krieges. Um die durch die Landesregierung geforderten Kapazitäten gewährleisten zu können, kaufe man verfügbare Heizstoffe und technische Ausrüstung zur Ausstattung von Wärmeinseln an. Dabei bemühe man sich, deutlich über den Mindestanforderungen zu bleiben. Die Finanzierung der Maßnahmen werde zu einem späteren Zeitpunkt über- bzw. außerplanmäßig in den Nachtragshaushalt eingebracht.

Anfragen

Keine Wortmeldungen.

Niederschrift

Keine Wortmeldungen. Die Niederschrift wurde einstimmig (11.0.0) in der vorliegenden Form genehmigt.

Zu 2 Soziale Preisgestaltung durch ein sozialökologisches Tarifmodell bei der enwag Vorlage: 0524/22 - I/169

FrkV K o r n m a n n begründete den Antrag. OB W a g n e r gab die Stellungnahme des Magistrats wieder und warb für einen gemeinsamen, durch den Bund gelenkten Weg. Zudem wies er auf die logistischen Schwierigkeiten für die enwag in Bezug auf Einwohnerzahlen und Sozialdaten hin und merkte an, dass nicht alle Wetzlarer Stromabnehmer Kunden der enwag seien, was eine Gleichbehandlung aller Bürger praktisch unmöglich mache. StR K o r t l ü k e zeigte Verständnis für die Absicht der Antragstellerin, verwies aber auf die wirtschaftliche Verantwortung der enwag und sprach sich gegen die Umwandlung der enwag hin zu einer neuen Sozialbehörde aus.

Im Rahmen der Diskussion erkundigte sich Stv. S c h e r m u l y, ob die Stadt die Einrichtung von Photovoltaikanlagen auf Dächern attraktiver machen werde.

StR K o r t l ü k e legte dar, dass bereits im Sommerpaket wesentliche Anmeldeerleichterungen für PV-Anlagen und eine größere Wirtschaftlichkeit erreicht wurden. Er warnte allerdings vor der aktuell sehr hohen Zahl an Anträgen und den damit einhergehenden Kostensteigerungen und Lieferschwierigkeiten von technischen Komponenten.

Auf Nachfrage von Stv. V o s k a n i a n, ob der Magistrat die Befugnis habe, auf den Aufsichtsrat der enwag einzuwirken und ob die enwag die Kapazitäten zur Versorgung des - im Falle einer Zustimmung - zu erwartenden Kundenzuflusses habe, erklärte StR K o r t l ü k e, der Magistrat könne den Aufsichtsrat für ein Thema sensibilisieren, jedoch keine Entscheidungen vorwegnehmen. Darüber hinaus sei die enwag in der Pflicht, wirtschaftlich zu handeln, weshalb die Strompreiserhöhungen zum 01.10.2022 beschlossen worden seien. Man werde die Kunden jedoch gemäß des Sozialgedankens nicht stärker belasten als unbedingt notwendig.

Abstimmungsergebnis:			
Anwesende Gremiumsmitglieder	11	Nein-Stimmen	9
Ja-Stimmen	1	Enthaltungen	1

Zu 3 Ausländerbehörde
Verbesserung der Personalsituation
Vorlage: 0500/22 - I/164

Herr H u s s a i n fasste die Inhalte des Antrags zusammen, ging dabei auf die zentralen Fragen des Ausländerbeirats ein und unterstrich, dass das Ziel des Antrags ein gemeinsamer Beschluss zur Verbesserung der Lage der Ausländerbehörde sei. Frau K a s a b a s h i erläuterte die Schwierigkeiten für die in Wetzlar lebenden Ausländer, die mit den langen Wartezeiten und Kommunikationswegen einhergingen, und regte an, die Laufzeit von Aufenthaltstiteln von einem halben Jahr auf ein Jahr zu verlängern.

OB W a g n e r bezog sich inhaltlich auf die Stellungnahme des Magistrats und führte aus, vor der Schaffung einer neuen Planstelle bevorzuge man eine Umschichtung vorhandener freier Stellen, die zudem kurzfristig und ohne das Aufstellen eines Nachtragshaushalts möglich sei. Er berichtete über die aktuelle Auswertung der Personalsituation, der Fallzahlen und der Einzelfallkomplexität und warb für eine Zusammenarbeit auf dieser Grundlage.

Herr W e i n beschrieb die Problematik der Ausländerbehörde einerseits als Dienstleistungs-, andererseits als Gefahrenabwehrbehörde und die damit einhergehenden strengen Regelungen durch die Gesetzgebung. Viele Genehmigungen bedingten Voraussetzungen wie das Vorliegen eines längerfristigen Arbeitsvertrages und einen vorläufigen Aufenthalt für mehr als 6 Monate zu befristen, sei praktisch unmöglich. Er bedauerte die Schwierigkeiten infolge der strengen Terminregelung, unterstrich aber, dass die Behörde Prioritäten setzen müsse. Zudem würden die Probleme nicht durch die rein quantitative Aufstockung des Personals gelöst - es gehe vor allem um die Qualifikation, um die komplexen Sachverhalte bearbeiten zu können.

Auf Rückfrage von Stv. V o s k a n i a n nach den Wartezeiten erklärte Herr W e i n, eine Tendenz gebe es hier nicht, jedoch würden die Termine wöchentlich priorisiert, so dass manche Fälle zwangsläufig zurückgestellt würden. Die Vertreter des Ausländerbeirats beschrieben die Kommunikation mit der Behörde und wiesen darauf hin, dass ein Hinweis auf eine längere Wartezeit besser sei, als gar keine Nachricht. OB W a g n e r kündigte die Anschaffung eines Termin-Programmes an. Zudem solle das System des Stadtbüros auf die Ausländerbehörde übertragen werden. Er bot an, nach der Aufbereitung der neuen Zahlen mit dem Ausländerbeirat ins Gespräch zu gehen und erklärte sich zu einem regelmäßigen Austausch bereit, um Schwierigkeiten künftig einfacher und schneller klären zu können. Stv. Dr. S c h n e i d e r schlug vor, den Antrag im Geschäftsgang zu belassen. OB W a g n e r unterstützte dieses Vorgehen.

Herr H u s s a i n erklärte sich mit dem vorgeschlagenen Verfahrensweg einverstanden. Auf Nachfrage, welches Ergebnis er dem Ausländerbeirat mitteilen solle, führte OB W a g n e r aus, es gelte, die Ergebnisse der Erhebung abzuwarten und dann einen gemeinsamen Weg zu erarbeiten. Zudem müssten die dringlichsten kritischen Fälle angegangen werden. Darüber wolle er auch mit dem Vorstand des Ausländerbeirats sprechen.

Der Antrag wurde im Geschäftsgang belassen.

Zu 4 Bund-Länder-Programme "Sozialer Zusammenhalt" - Sachstandsbericht -

Dalheim / Altenberger Straße

OB W a g n e r berichtete aus dem Bereich der „Sozialen Stadt“ und ging dabei vor allem auf einen Imagefilm zum „Sozialer Zusammenhalt“-Standort Dalheim im Rahmen des Spielfestes, die Präsentation des KiFaZ als Leuchtturmprojekt, eine Neubesetzung im Quartiersmanagement und die kommende Integrationskonferenz ein.

Silhöfer Aue / Westend

Stv. V o s k a n i a n griff die problematische Situation einer Wohnanlage im Bereich Silhöfer Aue/Westend auf, in der bereits seit Wochen keine Heizung oder warmes Wasser zur Verfügung stünden und erkundigte sich nach dem Sachstand. OB W a g n e r fasste die Schwierigkeiten mit dem Betreiber der lokalen Wärmeversorgungsanlage zusammen. Die Stadt habe für die betroffenen Bewohner Rechtsbeistand gewährt, was jedoch nicht zu einer Verbesserung der Lage geführt habe. Aktuell befinde man sich mit mehreren Parteien im Gespräch, um eine Lösung beispielsweise in Kooperation mit der enwag zu finden. Problematisch sei hier die Ausgangslage, da ursprünglicher Verkäufer das Bundesvermögensamt und nicht die Stadt Wetzlar gewesen sei und der Verkauf an die Nutzung der Fernwärmeeinrichtung geknüpft gewesen sei. Einzige Alternative sei die eigenständige Wärme- und Energieerzeugung auf regenerativer Basis. Trotz der schwierigen Kommunikation mit dem Betreiber der Anlage bemühe man sich weiter um eine Lösung.

Zu 5 Verschiedenes

Keine Wortmeldungen.

AV V o l k schloss die 10. Sitzung des Sozial-, Jugend- und Sportausschusses.

Die Ausschussvorsitzende:

Der Schriftführer:

V o l k

R e u s c h l i n g